

Einheitlicher
Ansprechpartner

Dienstleistungsrichtlinie: Land gerät unter Zeitdruck

Nach mehr als einem Jahr Streit um die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird die Zeit knapp. Verbandsvertreter drängen die Landesregierung zu einer Entscheidung.

Von Michael Schwarz

STUTTGART. Der eine steht „Gewehr bei Fuß“, der andere wartet „schon geraume Zeit darauf“, der Dritte im Bunde der Verbandsvertreter „harrt einer Entscheidung des Landes“. Der Vierte, ein Ministeriumssprecher, sagt: „Wann eine Entscheidung getroffen wird, können wir derzeit nicht sagen.“ Und der Fünfte, ein Oppositionspolitiker, meint, verstanden zu haben, dass sich „die Landesregierung noch in der Inkubation, um nicht zu sagen im Tiefschlaf“ befinde beziehungsweise „in einer Brutphase“.

Bebrütet wird die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, genauer gesagt die Einrichtung des sogenannten einheitlichen Ansprechpartners („EA“). Dass es eine leichte Geburt ist, wird nach dem mehr als ein Jahr währenden Streit zwischen Kammern und Kommunalverbänden kein Beobachter der Landespolitik mehr behaupten.

EU-Dienstleistungsrichtlinie muss bis Ende 2009 umgesetzt werden

Dabei liegen die Dinge anders als bei der Dienstrechtsreform, deren Verabschiedung Günther Oettinger (CDU) am vergangenen Freitag auf das Jahr 2010 verschoben hat. Anders als beim Beamtenrecht, das an keinen gesetzlichen Termin gebunden ist, droht das Spiel auf Zeit zu einer riskanten Angelegenheit zu werden. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie muss bis Ende 2009 umgesetzt werden. Ansonsten kann sich jeder Dienstleister aus einem EU-Staat in Baden-Württemberg ansiedeln und voraussetzungslos und von Behör-



Wer in der EU eine Dienstleistung anbieten will, soll sich ab 2010 an einen einheitlichen Ansprechpartner wenden können. FOTO: DPA

den und Kammern ungeprüft seine Dienste anbieten. Dieses Damoklesschwert hängt über den Bundesländern, die in Deutschland für die Umsetzung der Richtlinie verantwortlich sind. Es hat dazu geführt, dass sich zwölf Landesregierungen zu einer Festlegung durchgerungen haben (siehe Kasten).

In Baden-Württemberg dagegen steht eine Entscheidung noch aus. Seit Ende 2007 liegen die Kommunalverbände mit den Kammern über Kreuz, und daran änderte auch nichts, dass die Kommunalverbände bei einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Landtags im vergangenen Mai ein „Kooperationsmodell“ präsentierten. Es sieht vor, dass der EA sowohl bei Kommunen als auch bei Kammern anzusiedeln ist. Die Vertreter der Kammern po-

Föderale Vielfalt beim einheitlichen Ansprechpartner

In Schleswig-Holstein wird der einheitliche Ansprechpartner („EA“) bei einer eigens dafür gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts angesiedelt. Ähnliche Pläne gibt es in Hessen. In Hamburg und Thüringen ist ein „Allkammermodell“ geplant. Das heißt, dass ausschließlich die Kammern dafür zuständig sind, Dienstleister aus dem Aus- und Inland zu

beraten. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen wird die Zuständigkeit bei den Kommunen liegen. Berlin und Brandenburg siedeln den EA beim Wirtschaftsministerium an, Sachsen und Sachsen-Anhalt bei Landesbehörden. Im Saarland soll es zu einer Kooperation eines kommunalen Zweckverbands mit den Kammern kommen.

Seit vergangenen Herbst – damals hatte Oettinger Gespräche mit den Beteiligten geführt – stockt die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Land. Die Verbandsvertreter warten auf eine Richtungsentscheidung aus dem Staatsminis-

terium. „Die Verortungsentscheidung muss die Politik treffen“, sagt Franz Nienhaus, Geschäftsführer der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg, und spricht damit für viele Verbandsvertreter. Auch wenn er, der das Thema federführend für alle Industrie- und Handelskammern im Land betreut, etwas völlig anderes will als beispielsweise Norbert Brugger, der die Angelegenheit für den Städtetag betreut.

Kammern und Kommunalverbände stehen in den Startlöchern

Sowohl Nienhaus als auch Brugger haben Software-Lösungen vorbereitet. Brugger arbeitet dabei mit der Datenzentrale Baden-Württemberg zusammen, die bereits für etwa 95 Prozent aller Gemeinden im Land tätig ist. Karl Tramer, Chef der Datenzentrale, geht davon aus, dass es kostengünstiger ist als die Software anderer Bundesländer. Es sei auch kein Problem, die Kammern als einheitliche Ansprechpartner zu integrieren. Die Software lasse sich entsprechend anpassen. Das Programm läuft zu Testzwecken bereits in Freiburg und Karlsruhe. Es baut auf vorhandener Kommunalsoftware auf. Dennoch habe die mehr als einjährige Vorbereitung des Tests gezeigt, dass die Umsetzung viel Zeit in Anspruch nehme. Auf die Frage, wie lange er für die Umsetzung brauche, sagt er: „Ein Vierteljahr, besser noch ein halbes Jahr, dann wäre mir schon wohler.“

Noch schneller würde es nach Angaben von Gunther Quidde, E-Government-Bbeauftragter der Industrie- und Handelskammern, beim Allkammermodell gehen. Man sei gut vorbereitet und benötige nach einer Richtungsentscheidung der Politik lediglich ein bis zwei Monaten. Wie Tramer will Quidde service-bw, das Serviceportal des Landes, nutzen. Quidde setzt auf die Zusammenarbeit mit der Datenzentrale: So will er die Ämter in den Gemeinden einbinden.